

## **Antrag**

**des Abgeordneten Nikolai Reith, Dr. Erik Schweickert u. a. FDP/DVP**

### **Förderung und Sichtbarkeit der Raumfahrt- und New-Space-Wirtschaft in Baden-Württemberg**

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie viele Professuren es an Hochschulen in Baden-Württemberg aktuell gibt, die sich explizit mit dem Thema Luft- und Raumfahrt beschäftigen, bspw. durch ihre Denomination, ihre Institutsbezeichnung oder Verankerung an einschlägiger Fakultät (bitte nach Hochschulen differenziert angeben);
2. welche Studiengänge der Luft- und Raumfahrt es an Hochschulen in Baden-Württemberg gibt und wie viele Absolventen diese jeweils in den letzten drei Jahren ausgebildet haben;
3. wie viele Fördermittel aus welchen Programmen sie seit 2016 jeweils für das Thema Raumfahrt an Unternehmen vergeben hat und welche Pläne sie für die Zukunft hat;
4. wieso diese Fördermittel im Landshaushalt nicht explizit als Mittel für Raumfahrt kenntlich sind sondern sich hinter anderen Bezeichnungen verstecken;
5. auf welche Art und Weise sie sich in den letzten drei Jahren auf bundes- und europapolitischer Ebene für die Raumfahrtwirtschaft in Baden-Württemberg sowie die Ausgestaltung der bundesdeutschen und europäischen Raumfahrtpolitik engagiert hat;
6. ob ihrem Kenntnisstand nach weitere Bundesländer neben Hessen und Bremen einen Luft- und Raumfahrtkoordinator bzw. Person in ähnlicher Funktion haben und was die genauen Aufgaben dieser sind;
7. welche anderen Bundesländer ihrem Kenntnisstand nach neben Bayern über ein eigenes Raumfahrtforschungs-, Raumfahrtindustrie- oder vergleichbares Programm verfügen;
8. wie sie es bewertet, dass in der Studie „NewSpace - Geschäftsmodelle an der Schnittstelle von Raumfahrt und digitaler Wirtschaft“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie aus dem Jahr 2016 die Städte Berlin, München und Bremen als „grundsätzlich attraktive Standorte mit kritischer Masse an traditionellen Raumfahrtaktivitäten“ genannt werden und Baden-Württemberg also nicht aufgeführt wird und folglich es an Sichtbarkeit und nationaler Wahrnehmung des Raumfahrtstandorts Baden-Württemberg mangelt und welche Konsequenzen sie ggf. daraus gezogen hat;
9. wie und bis wann sie die Ankündigungen aus dem Koalitionsvertrag, die führende Position der Luft- und Raumfahrt stärken zu wollen sowie die Unternehmen bei der Umstellung auf eine Serienproduktion von Satelliten zu unterstützen zu wollen, umsetzen möchte;
10. wie sie die Ergebnisse der von ihr beauftragten und bereits im Februar 2020 veröffentlichten Studie „Raumfahrt in Baden-Württemberg – Zukunftsperspektiven und Handlungsempfehlungen“ bewertet und welche Konsequenzen sowie Aktionen sie daraus folgend ausgeführt hat;
11. welche Personen/Funktionen/Einheiten aus der Landesverwaltung an der o.g. Studie „Raumfahrt in Baden-Württemberg“ mitgearbeitet haben und wie dort die Kompetenz des Landes, seiner Regierung und Verwaltung berücksichtigt wurde;
12. wie sie die Einführung (a) eines Raumfahrtkoordinators Baden-Württemberg, (b) einer Raumfahrt(förder)strategie Baden-Württemberg; (c) eines herausgehobenen Projekts zur Demonstration

und Entwicklung der Leistungsfähigkeit der baden-württembergischen Raumfahrtindustrie und/oder (d) einer eigenständigen Dachmarke für Raumfahrt und New Space in Baden-Württemberg bewertet, um damit Sichtbarkeit, Akzeptanz und Bedeutung der Raumfahrtwirtschaft zu erhöhen sowie die Raumfahrtwirtschaft weiter zu stärken;

13. welche Bedeutung ihrer Einschätzung nach das von der Bundesregierung angekündigte Weltraumgesetz für die Raumfahrtwirtschaft in Baden-Württemberg hat und ob durch die inzwischen mehrmalige Verschiebung des angekündigten Gesetzesentwurfs ein Standortnachteil für Unternehmen in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern, welche ein solches Gesetz bereits erlassen haben, entsteht;
14. welche Vor- und Nachteile sowie Risiken und Chancen sie darin sieht, den Zugang zum Weltraum zu regulieren, bspw. unter den Gesichtspunkten Vermeidung von Weltraumschrott, Kollisionsverhinderung, Umweltverträglichkeit oder Nachhaltigkeit;
15. wie hoch die bisherige Förderung in den letzten drei Jahren der Standorte Reutlingen und Friedrichshafen des ESA Business Incubation Centre Hessen & Baden-Württemberg war und wie hoch diese im April 2021 im Rahmen des Programms Start-up BW Acceleratoren zukünftig jährlich sein wird und welche Ziele damit verbunden sind;

18.11.2021 Reith, Dr. Schweickert, Scheerer, Bonath, Fischer, Haag, Haußmann, Hoher, Dr. Jung, Karrais, Dr. Kern FDP/DVP

Begründung:

Baden-Württemberg ist Raumfahrtland. Etwa 40 Prozent der bundesweiten Beschäftigten in der deutschen Raumfahrt arbeiten hier. Zahlreiche große und bedeutende Unternehmen der Raumfahrt sind in Baden-Württemberg angesiedelt. Die Universität Stuttgart hat mit der Fakultät für Luft- und Raumfahrttechnik und Geodäsie die (noch) größte ihrer Art in Europa. Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt unterhält mit seinem Institut für Raumfahrtantriebe in Lampoldshausen sowie weiteren Standorten in Stuttgart und Ulm wichtige Niederlassungen in Baden-Württemberg.

Die Raumfahrtwirtschaft weltweit befindet sich aktuell in einem grundlegenden Transformationsprozess. Neue Raumfahrtnationen wie beispielsweise China und Indien, die Kommerzialisierung der Raumfahrt durch private, gewinnorientierte Anbieter wie SpaceX oder BlueOrigin und technologische Entwicklungen wie das Verschmelzen von Raumfahrt und Digitalisierung oder die Massenfertigung von Satelliten lassen neue Dienste und Geschäftsmodelle entstehen. Diese oft als „New Space“ oder „Space 4.0“ bezeichnete Entwicklung zeichnet sich aus durch eine hohe Kommerzialisierung (im Gegensatz zur Finanzierung durch öffentlichen Aufträge in der „klassischen“ Raumfahrt) und ein Ausstrahlen über die klassische Raumfahrt hinaus. Es entstehen neue Anwendungs- und Geschäftsfelder wie beispielsweise die Erdbeobachtung für ein Optimieren der Landwirtschaft oder Katastrophenfrüherkennung, Sattelitenkommunikation auf dem gesamten Globus oder Weltraumtourismus. Wachstumsprognosen sehen ein Potential des Raumfahrtmarktes von bis zu einer Verzehnfachung auf 2.700 Milliarden USD bis zum Jahr 2040 und damit Annäherung an den globalen Automobilmarkt.

Als Konsequenz wird das Thema „New Space“ aktuell von zahlreichen Staaten, Ländern und Unternehmen bearbeitet. In Deutschland hat beispielsweise das Bundesland Bayern mit dem (ehemals) Bavaria One genannten Programm eine ambitionierte Raumfahrtstrategie vorgelegt. Die neu gegründete Fakultät für Luftfahrt, Raumfahrt und Geodäsie an der TU München soll die entsprechende Stuttgarter Fakultät von ihrer Spitzenposition in Europa verdrängen. Hessen und Bremen haben eigene Raumfahrtkoordinatoren ernannt. Der Bundesverband der Deutschen Industrie wirbt für einen eigenen Weltraumbahnhof in Deutschland. Folglich ergibt sich für Baden-Württemberg ein „make it or break it“ Moment: Es besteht die Chance, die Spitzenstellung der Raumfahrtwirtschaft auszubauen und ein wachstumsstarkes und zukunftssträchtiges Wirtschaftsfeld zu besetzen. Das Ingenieurland Baden-Württemberg würde neue Perspektiven neben der sich unter Druck befindlichen Automobilindustrie erhalten. Es besteht aber auch die Gefahr, durch die grundlegende Transformation und das starke Wachstum den Anschluss zu verlieren. Das Zukunftsthema und – zugegebenermaßen auch – Zukunftsgeschäft Raumfahrt würde in anderen Ländern und Staaten gemacht werden.

Vor diesem Hintergrund erkundigt sich der Antrag nach den Aktivitäten der Landesregierung im Bereich Raumfahrt bzw. New Space.